

Friedensforum Kreis Unna

Newsletter 4 - Frieden schaffen - JUNI 2023

Liebe Friedensfreunde, liebe Friedensfreundinnen,

diesen Newsletter zu schreiben, fällt mir schwer. Es gibt nur wenige Lichtblicke, aber vieles, was Angst macht.

Aktuelle Entwicklungen

Der Krieg eskaliert. Wälder brennen bereits im Juni statt im August, in Kanada können 200 von 400 nicht mehr gelöscht werden. Rekordtemperaturen weltweit – in Peking, im Nordatlantik, bei uns. Flüchtlingszahlen steigen und steigen - Kriegs- und Klimaflüchtlinge -, fast 700 Flüchtlinge sind diese Woche im Mittelmeer ertrunken. Die EU hat das Asylrecht mit den Stimmen aus Deutschland ausgehebelt, die Fluchtrouten werden noch gefährlicher werden. Die Strafverfolgung und Verurteilung selbst zu Gefängnisstrafen von Klimaaktivisten und Ukrainekrieg-Andersdenkenden nimmt zu.

Schweden gibt den Forderungen der Türkei nach und weist erste Kurden aus, Menschenrecht wird der Nato-Mitgliedschaft geopfert – obwohl die Türkei völkerrechtswidrig Syrien und den Irak angreift, Teile Syriens völkerrechtswidrig besetzt hält. Die politische Verfolgung in der Türkei nimmt zu, 24000 Asylanträge türkischer StaatsbürgerInnen wurden 2022 in Deutschland gestellt, in den Gefängnissen in der Türkei sind über 38000 Gefangene ohne Urteil in Untersuchungshaft, zumeist politische Gefangene, oft kurdische PolitikerInnen.

Assange, der u.a. die Kriegsverbrechen der USA im Afghanistan- und Irakkrieg öffentlich gemacht hat und sich deshalb seit April 2019 in Isolationshaft in GB befindet, hat einen weiteren Prozess vor dem High Court verloren.

„In 20 Jahren Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung habe ich noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammengeschlossen hat, um ein einzelnes Individuum so lange Zeit und unter so wenig Berücksichtigung der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit bewusst zu isolieren, zu dämonisieren und zu missbrauchen“, sagte Melzer.

„Die kollektive Verfolgung von Julian Assange muss hier und jetzt enden!“ [302] Im November 2019 stellte Melzer in einer öffentlichen Anhörung in den Räumlichkeiten des deutschen Bundestags fest, dass sich auch die deutsche Bundesregierung überhaupt nicht für den Fall engagiere. Im Gegenteil, trotz mehrfacher Anfragen des UN-Beauftragten um offizielle Stellungnahmen blieben diese aus. ...“ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Julian_Assange Anm.

Melzer war vom UN-Menschenrechtsrat ernannter Sonderberichterstatter für Folter

Daran hat sich nichts geändert. PolitikerInnen, auch der Grünen, die vor der Wahl noch für die Freiheit Assanges waren, schweigen.

Die AFD explodiert, die Linke zerfällt.

Über brennenden Wäldern fliegen die Kampfjets, die vom 12.6. bis zum 23.6. am größten Luftwaffenmanöver (Air Defender 23) teilnehmen. Dabei sind 250 Kampfjets und über 10000 Soldaten aus 25 Ländern **Täglich** werden über 200.000 l Kerosin gebraucht, insgesamt über 2 Millionen Liter oder ca 1600 t, also ca 5000 t CO₂. Dafür braucht man 400.000 Bäume, um das CO₂ zu binden. Zudem findet das Manöver zeitgleich mit der Gegenoffensive der Ukraine statt.

Zahlen über den CO₂ Ausstoß für Rüstung und Krieg werden nicht veröffentlicht. Allein der Irakkrieg soll 141 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß in vier Jahren verursacht haben. Das entspreche

25 Millionen zusätzlichen Autos auf Amerikas Straßen über ein Jahr hinweg. Eine Studie der Brown University bezifferte den CO₂-Ausstoß des US-Verteidigungsministeriums auf 59 Millionen Tonnen 2017. Das ist mehr als Industrieländer wie Schweden verursachen. Wäre das Pentagon ein Staat, läge es der Studie zufolge auf Platz 55 der größten Emittenten weltweit.

Die Rüstungsspirale geht steil nach oben, neue, größere Kriege drohen. Jeder Krieg, jede Rüstungsproduktion ist auch ein Krieg gegen das Klima, gegen unsere Erde, den wir nur verlieren können.

<https://www.welt.de/wirtschaft/article211016375/CO2-Emissionen-Krieg-und-Ruestung-die-vergessenen-Klimasuender.html>

In Deutschland wie weltweit wird die Rüstung hochgefahren, es werden mehr Soldaten gebraucht:



Anfang Mai 2023 lancierte die Bundeswehr eine „crossmediale Imagekampagne“. Wie frühere Medienkampagnen verherrlicht sie Militarismus und Nationalismus, zielt jedoch noch offener darauf ab, das Publikum auf einen neuen Weltkrieg einzustimmen

Als das deutsche Militär zum letzten Mal „Stärke zeigte“ – im Ersten und im Zweiten Weltkrieg – wurde das Leben von Millionen jungen Männern sinnlos den Interessen von Flick, Krupp, Siemens, IG Farben und der Deutschen Bank geopfert.

Gleichzeitig schlägt die Wehrbeauftragte Högl (SPD) die Musterung aller jungen Menschen vor. „Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland wieder rückgängig zu machen, hilft überhaupt nicht... Wir haben nicht genügend Ausbilder und nicht genügend Infrastruktur dafür.“

Aber auch die Friedensaktivitäten werden mehr

In Wien, Hauptstadt eines der wenigen Nicht-NATO Staaten in Europa und als UN-Stadt bekannt, hat am 10. und 11.6.2023 eine **internationale Friedenskonferenz** mit über 300 Vertretern aus 32 Ländern stattgefunden, um ein Ende der Kämpfe im Ukrainekrieg zu fordern: „Die Institutionen, die Frieden und Sicherheit in Europa gewährleisten sollten, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Jetzt ist die Diplomatie dringend erforderlich, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet.“ (aus der Abschlusserklärung der Konferenz)

Die Teilnehmer verpflichteten sich, vom 30.09. bis zum 8.10.2023 globale Aktionswochen mit Protesten, Mahnwachen und politischer Lobbyarbeit zu veranstalten. Von dieser Konferenz wurde in den Medien kaum berichtet.

Im Rahmen einer **afrikanischen Friedensmission** ist eine Delegation afrikanischer Präsidenten aus sieben Ländern am Freitag, 16.6. nach Kiew gereist, um mit Wolodimir Selenski zu sprechen. Am Samstag traf die Delegation Wladimir Putin in Moskau. Putin erklärte, dass er viele der Vorschläge der Delegation für „fehlgeleitet“ halte. Laut des kanadischen Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski auf Twitter, legte Putin der afrikanischen Delegation den Entwurf eines Friedensvertrags vor, dessen Vertragsentwurf weitgehend mit dem Zehn-Punkte-Plan übereinstimmte, den ukrainische Unterhändler im vergangenen Jahr der russischen Gegenseite übermittelt hatten. Zuvor hatte Kiew den Friedensplan weitgehend abgelehnt.

Buch von **Kostner/Luft Ukrainekrieg: Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht.**

Sehr hörenswert dazu ist der Beitrag von Günter Verheugen (Staatsminister a.D., Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.) , den er bei der Präsentation dieses Buches am 11-6-2023 gehalten hat. <https://youtu.be/aORMH7CGrmQ>

Verheugen: „Ist es unser Interesse, Russland und China zum Beispiel zu einem großen eurasischen Block zusammenzuschließen? Ist es unser Interesse, dass sich die gewaltige wirtschaftliche und demographische Macht Chinas mit der gewaltigen nuklearen Macht Russlands verbindet? Das ist wirklich furchterregend. Wir sind im Augenblick dabei, das zu schaffen.“

Mit Blick auf die Aussage von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Russland ruinieren zu wollen, fragte der erfahrene Außenpolitiker: „Ist es unser Interesse, eine Super-Nuklearmacht im Chaos versinken zu lassen?“ Und fügte hinzu: „Glaubt jemand im Ernst, dass eine im Chaos versinkende atomare Supermacht in unserem Interesse liegt? Ich glaube das jedenfalls nicht. Unser Interesse kann es eigentlich nur sein, alles daran zu setzen, dass eine diplomatische Lösung gefunden wird, alles daran zu setzen, erst einmal den Weg zu Gesprächen überhaupt freizumachen und dann solche Gespräche zu führen.“

Dazu auch ein Interview von Gerstenkamp / „der Freitag“ mit Sandra Kostner in der Freitag-Ausgabe 18/2023 vom 04.05.2023

<https://bruchstuecke.info/2023/05/22/warum-europa-eine-neue-entspannungspolitik-braucht/>

Hintergrundinformationen und Stellungnahmen zum Ukraine-Krieg:

Sehr aufschlussreich ist die Analyse der **Stiftung Wissenschaft und Politik**, SWP-Aktuell 2022/A 11, 11.02.2022, **Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld**, also kurz vor dem Ausbruch des Ukrainekrieges veröffentlicht. Stiftung Wissenschaft und Politik wird mit Mitteln des Bundeskanzleramts finanziert und erarbeitet außenpolitische Richtlinien der Bundesregierung.

<https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-im-nato-russland-spannungsfeld>

Einige der Aussagen aus dem 8-seitigen Aufsatz:

„... zugleich will es (Anm: Russland) verhindern, dass das Bündnis Truppen an den Grenzen Russlands stationiert oder in europäischen Staaten weitreichende Raketen aufstellt, die Russland bedrohen könnten. Dazu fordert Moskau, dass die Nato ihre Gipfelerklärung von 2008 zurücknimmt, in der sie der Ukraine und Georgien den Beitritt zur Allianz in Aussicht gestellt hat.

- Viele Verbündete aber zeigten sich offen dafür, den Dialog fortzusetzen und die Rüstungskontrolle wiederzubeleben.*
- Nach acht Kriegsjahren ist der nationale Selbstbehauptungswille der Ukrainer gewachsen, zumal die russlandaffinen Teile der Bevölkerung überwiegend auf der Krim und im Donbas leben. Die ukrainischen Streitkräfte sind kampferfahren und moralisch gefestigter als 2014.*
- Bei der Annexion der Krim ging es weniger um den »Schutz russischer Landsleute« als vielmehr darum, die Basen der Schwarzmeerflotte zu sichern. Im Donbas dagegen stärkt der Kreml zwar die Rebellen, hält aber am Minsker Abkommen fest.*
- Die Nato-Erweiterung hat weitere Stationierungsräume in Mittel- und Osteuropa geschaffen. Für den Kreml ist die Nato daher in erster Linie ein Instrument der USA, um geopolitische Interessen zum Nachteil der Sicherheit Russlands durchzusetzen. Zu diesem Zweck habe der Westen frühere Vereinbarungen gebrochen. Dies will Moskau nun mit neuen Vertragsentwürfen revidieren.*
- Um die historische Wende (Anm. Vereinigung Deutschlands, Abzug russischer Truppen) zu erreichen, kam der Rüstungskontrolle eine Schlüsselrolle zu. Sie gewährleistete die Achtung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen durch ein Netz verflochtener Rüstungskontrollverträge.*
- Der KSE-Vertrag war erst 1992 in Kraft getreten, nachdem sich der Warschauer Pakt und die Sowjetunion aufgelöst hatten. Doch auch aus Moskauer Sicht hatte er weiterhin strategische Bedeutung für die Stabilität Europas, weil er die Nato auf ihren Besitzstand von 1990 begrenzte und ihre geographische Distanz zu Russland absicherte. Das änderte sich erst nach dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland, als die Nato begann, über Beitrittsperspektiven für Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn zu verhandeln.*
- Beim Istanbuler OSZE-Gipfeltreffen 1999 unterzeichneten die KSE-Vertragsstaaten das KSE-Anpassungsabkommen (AKSE). Parallel dazu verabschiedeten alle OSZE-Teilnehmerstaaten die*

»Europäische Sicherheitscharta«. Darin bekennen sie sich erneut zum Ziel, einen gemeinsamen Raum gleicher und unteilbarer Sicherheit zu schaffen. Kein Staat und keine Organisation könne eine vorrangige Verantwortung für die Bewahrung der europäischen Sicherheit beanspruchen oder besondere Einflusszonen geltend machen. Gleichwohl habe jeder Staat das Recht, einem Bündnis beizutreten oder neutral zu bleiben. Allerdings sollen die Staaten ihre gegenseitigen Sicherheitsinteressen respektieren und ihre Sicherheit nicht zu Lasten anderer Staaten stärken.

– Das KSE-Anpassungsabkommen ist nicht in Kraft getreten, obwohl Russland es 2004 ratifiziert hat. Im Bündnis blockierten die USA die Ratifizierung des AKSE, nachdem George W. Bush 2001 sein Amt als Präsident angetreten hatte.

– Ferner verhinderten die USA, dass die Zusage, keine zusätzlichen »substantiellen Kampftruppen« dauerhaft zu stationieren, gemeinsam mit Russland definiert wurde. Dies wäre aber schon deshalb wichtig, weil Russland gleichlautende Verpflichtungen für die Grenzräume zu den baltischen Staaten, Polen und Finnland eingegangen ist. Stattdessen schufen die USA 2007 eine ständige Militärpräsenz am Schwarzen Meer, ohne dies vorher im Bündnis oder im Nato-Russland-Rat zu erörtern.

– Den Angriff der USA gegen den Irak 2003 kritisierte Moskau als Völkerrechtsbruch. Zwar gab es in der Nato keinen Konsens für den Krieg, doch Washington konnte sich auf eine »Koalition der Willigen« stützen, die vor allem aus den neuen osteuropäischen Verbündeten bestand. Schon 1999 hatte Moskau den Krieg der Nato gegen Serbien als illegalen Angriffskrieg und Verletzung des Gewaltverbots gebrandmarkt.

– Als westliche Staaten die im Februar 2008 ausgerufenen Unabhängigkeit Kosovos anerkannten, wurden erstmals seit der Charta von Paris Grenzen in Europa nach vorheriger Gewaltanwendung und ohne Zustimmung des Sicherheitsrates verändert.

– Als Bruchpunkt in den Beziehungen der Nato zu Russland erwies sich ihr Bukarester Beschluss vom April 2008, der Ukraine und Georgien den Bündnisbeitritt in Aussicht zu stellen. Mit Unterstützung osteuropäischer Staaten wollte Präsident George W. Bush dieses Ziel zügig erreichen, aber Deutschland und Frankreich verhinderten einen konkreten Beitrittsplan. ... Auch befürchteten sie eine Destabilisierung der Ukraine, da die Bevölkerungsmehrheit den Bündnisbeitritt ablehnte. Zudem mahnten sie, »rote Linien« Moskaus nicht zu überschreiten, um die regionale Stabilität und die Sicherheit Europas und der Allianz nicht zu gefährden.

– Mit Moskaus völkerrechtswidriger Annexion der Krim und seiner Unterstützung für die Rebellen im Donbas erreichte die Erosion der europäischen Sicherheitsordnung ihren Kulminationspunkt. Begonnen hatte sie aber schon 2002 mit dem wachsenden Konfliktpotential zwischen Washington und Moskau. Daran hatte die Geopolitik von Präsident George W. Bush beträchtlichen Anteil.

– Das Minsk-II-Abkommen bleibt ein zentraler Baustein dafür, den Ukraine-Konflikt zu beenden. Vor allem müssen dessen strategische Ursachen eingeholt werden, um die europäische Stabilität wiederherzustellen. Dazu ist ein strategischer Interessenausgleich zwischen den USA, der Nato und Russland erforderlich. Um die Eskalation zu stoppen, muss die Rüstungskontrolle wiederbelebt werden. Scheitert dies, könnten zusätzliche Stationierungen und Manöver an den Nato-Russland-Kontaktlinien in Osteuropa die Lage weiter destabilisieren. ... “

Videoempfehlungen:

https://www.youtube.com/live/_M3zcx0jSHY?feature=share

Prof. em. Dr. Christian Hacke geb. 1943. Studium Politikwissenschaft und Geschichte in Freiburg und Berlin, das Christian Hacke als Dipl. Pol. 1970 abschloss. 1974 folgte die Promotion, 1979 die Habilitation. Von 1980 bis 2000 war er Professor an der Universität der Bundeswehr und von 2000 bis 2008 ordentlicher Professor an der Universität Bonn.

Die beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen des Krieges unter militärischen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten stehen im Mittelpunkt der Analyse.

Kritik und Anregungen zum Newsletter sind sehr willkommen!

Bitte teilt uns mit, falls ihr keinen Newsletter erhalten wollt.

Menschen, weigert euch, Feinde zu sein!